

N i e d e r s c h r i f t

HFA/VIII/19

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 19.06.2013 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin
Everding, Klara

Vertreterin für Hartwig Mensing

Meier, Frank
Schenk, Klaus
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf

Vertreter für Ewald Rahsing

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich
Fuchs, Maria
Roters, Dorothea
Wisner-Herrmann, Sabine

Allgemeiner Vertreter
Kämmerin
Gleichstellungsbeauftragte
Schriftführerin

ohne TOP 5 nö.S.

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie einen Zuhörer.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 10. Juni 2013 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Rückzahlungen aus dem Fonds deutscher Einheit - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller verwies auf eine aktuelle Pressemitteilung, wonach die Kommunen bei der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ nachträglich entlastet werden sollen und es zu einer Rückerstattung an die Kommunen kommen solle. Er fragte, ob bereits bekannt sei, wie hoch die Erstattung für die Gemeinde Rosendahl sein werde.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass es dazu noch keine Information gebe.

2.2 Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde Rosendahl durch Tarifvertragsänderungen - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller fragte, ob es bereits Berechnungen gebe, wie hoch die finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde Rosendahl durch die Änderungen des Tarifvertrages für Angestellte im öffentlichen Dienst und die zu erwartenden Änderungen bei den Beamten seien.

Bürgermeister Niehues sagte eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort:

Durch die Tarifierhöhungen bei den tariflich Beschäftigten sind folgende zusätzliche Personalkosten entstanden bzw. zu erwarten:

Haushaltsjahr 2012: 63.287 €

Haushaltsjahr 2013: 45.965 €

Durch die beschlossene Besoldungserhöhung für die Beamten entstehen folgende zusätzliche Personalkosten:

Haushaltsjahr 2012: 6.075 €

Haushaltsjahr 2013: 1.335 €

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25. April 2013.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 **Beteiligung der Gemeinde Rosendahl an einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 (GFG 2013)** **Vorlage: VIII/560**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/560.

Ausschussmitglied Everding fragte, ob durch die Beteiligung der Gemeinde Rosendahl Kosten entstünden.

Dies wurde von Bürgermeister Niehues verneint.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich mit weiteren Kommunen an einer Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2013.

Abstimmungsergebnis:

	8 Ja Stimmen
	1 Nein Stimme

5 **Mitteilungen**

5.1 **Offizielle Einwohnerzahl der Gemeinde Rosendahl**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Gemeinde Rosendahl laut Bericht des IT.NRW vom

9. Mai 2013 offiziell 10.534 Einwohner habe, beruhend auf den Zahlen des Zensus 2011. Damit habe Rosendahl 3,1 % an Einwohnern verloren, was sich auf den Finanzausgleich auswirken werde.

Kämmerin Fuchs habe ausgerechnet, dass dies eine Verringerung der Schlüsselzuweisungen von 177.113 Euro für das Jahr 2013 bedeutet hätte, wenn diese Zahl aktuell zum Tragen gekommen wäre.

Allerdings werde ab dem nächsten Jahr eine Berücksichtigung der niedrigeren Einwohnerzahl beim Finanzausgleich erfolgen, so dass eine Verringerung der Schlüsselzuweisungen ab 2014 zu erwarten sei. Innenminister Ralf Jäger habe bei seinem Besuch des Generationenparks Darfeld aber angekündigt, dass die Rückrechnung zwar auf den neuen Einwohnerstand von Mai 2011 erfolgen werde, die Verringerung

aber über mehrere Jahre verteilt und somit abgedeckt werde.

Ausschussmitglied Söller fragte, warum die Gemeinde Rosendahl nicht die tatsächlichen Einwohnerzahlen aus ihren aktuellen Meldedaten zugrunde legen könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es erforderlich sei, die offiziell ermittelte Einwohnerzahl zu berücksichtigen, damit alle Kommunen eine gleiche Grundlage hätten.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Schulze Baek, wie lange diese offiziell ermittelte Einwohnerzahl gültig sei, erklärte Bürgermeister Niehues, dass er von einer relativ langen Gültigkeitsdauer ausgehe bis der nächste Zensus erfolge, möglicherweise bis zu 10 Jahren.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin